

Großbritannien - Schwierigkeiten und Chancen...

von Veronica Fagan, 24. November 2025

Am letzten Novemberwochenende findet in der Stadt Liverpool im Nordwesten Englands eine große Konferenz statt. Unter der Leitung der ehemaligen Labour-Abgeordneten Zara Sultana und des ehemaligen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn und mit mehr als 50.000 Anmeldungen wird dabei offiziell eine neue politische Partei gegründet. Die Vorläuferorganisation trägt derzeit den etwas ungeschickten Namen „Your Party“, aber die Mitglieder werden zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob und wie sie umbenannt werden soll.

Es besteht kein Zweifel daran, dass es dringend notwendig und eine große Chance ist, eine radikale linke Organisation aufzubauen, die sowohl an Arbeitsplätzen und in Gewerkschaften als auch an den Wahlurnen aktiv ist. Die vielschichtige Krise, die jeden Winkel der Welt mit ihren zahlreichen Ausläufern – ökologisch, wirtschaftlich und sozial – heimsucht und bestehende Ungleichheiten weiter vertieft, zeigt sich in Großbritannien auf ihre eigene Weise, wobei Wales, Schottland und England jeweils unterschiedliche Besonderheiten aufweisen.

Wenn also die Mitgliederzahlen die Chance zeigen, besteht auch eine große Verantwortung, Ideen und Organisationsformen zu entwickeln, die das Kräfteverhältnis für die Arbeiterklasse im umfassendsten Sinne verbessern. Der Beitrag, den Your Party zu diesen Entwicklungen leisten wird, steht noch nicht fest – und die Verantwortung der Revolutionäre besteht wie immer darin, gemeinsam die Lehren aus anderen Versuchen im In- und Ausland einzubringen, um die Waage zugunsten der globalen Mehrheit zu kippen.

Polarisierung nach rechts

Nach den Parlamentswahlen im Juli 2024, nach 13 Jahren konservativer Regierung in Westminster, die eine Verschärfung von Armut und Ungleichheit zu verantworten hatte, übernahm die Labour-Partei unter Keir Starmer die Macht. Die krisengeschüttelten Tories verloren die Wahl, anstatt dass Labour sie gewann, obwohl sowohl Starmer als auch ein Großteil der Mainstream-Medien

dies zum Erdrutschsieg für Labour erklärten.

Nur wenige Menschen, insbesondere auf der radikalen Linken, hatten große Erwartungen an positive Ergebnisse der Regierung Starmer. Dave Kellaway von ACR erklärte, dass das Wahlprogramm, mit dem Labour in den Wahlkampf gezogen war, „auf einer Ideologie basiert, die den Status quo sklavisch als Modell für die Organisation der Wirtschaft, des Sozialstaats und der Regierung akzeptiert. Anstatt Hoffnung auf echte Veränderungen zu wecken, ist es von Pessimismus darüber durchdrungen, was wir als arbeitende Menschen erreichen können, und geht davon aus, dass die Götter des Marktes und des Kapitals nicht einmal im Geringsten herausgefordert werden können. Es lehnt sogar die traditionelle sozialdemokratische Vision von öffentlichem Eigentum, Besteuerung und Umverteilung ab.“ Aber nur wenige haben vorhergesagt, wie weit sich die neue Regierung nach rechts bewegen würde.

Die Wahlen im Juli 2024 brachten weitere bemerkenswerte Entwicklungen mit sich. Nigel Farage hatte bereits mit seiner reaktionär-nationalistischen Brexit-Partei, die bei den Europawahlen im Juni 2019 die Mehrheit der Sitze gewann und für einen No-Deal-Brexit eintrat, einen großen politischen Einfluss ausgeübt. Bei den Parlamentswahlen 2019 gewannen sie zwar keine Sitze, erhielten aber viel Sendezeit und drängten andere Parteien nach rechts.

Nachdem Großbritannien im Januar 2020 aus der Europäischen Union ausgetreten war, benannte sich die Brexit-Partei 2021 in Reform UK um. Im Mittelpunkt ihres Programms stehen eine migrationsfeindliche Politik und Rhetorik, aber auch die Ablehnung von Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, von Impfstoffen und von Lockdowns während des Höhepunkts der Covid-19-Pandemie sowie Kürzungen der öffentlichen Ausgaben – insbesondere, aber nicht nur bei Programmen zur Förderung von Gleichberechtigung und Inklusion. Farage steht ganz in Trumps Einflussbereich und ahmt zunehmend auch die nationalistische Rhetorik der amerikanischen extremen Rechten nach.

Diese reaktionäre Gehässigkeit hat zusammen mit einer Reihe von Eigentoren einen erheblichen Einfluss auf die tief gesplante konservative Partei gehabt und zu einem Wahlerfolg mit der Wahl von fünf Reform-Abgeordneten im Juli 2024 geführt. In Verbindung mit hochkarätigen Überläufen von den Tories zu Farages Partei hat sich dieser Trend verstärkt, sodass die Reformpartei nun auch einen Abgeordneten im schottischen Parlament, einen Abgeordneten im walisischen

Senedd (der Nationalversammlung mit weniger Befugnissen als das schottische Parlament), zwei Abgeordnete in der London Assembly (einem Gremium mit wenig Macht) und die Kontrolle über zwölf Gemeinderäte hat.

Die Reduzierung der sogenannten Verschwendung – oft durch die Streichung von Programmen, die insbesondere die am stärksten ausgegrenzten Menschen unterstützen, sei es für Menschen mit Behinderungen, die LGBT+-Gemeinschaft, Frauen und/oder rassifizierte und Migrantengemeinschaften, sowie allgemeine Anti-Migrant-Propaganda – steht im Mittelpunkt ihres Handelns und ihrer Äußerungen.

Der schleichende oder sogar galoppierende Faschismus wurde nicht nur von Farage selbst und seinen Freunden in den Vereinigten Staaten vorangetrieben, sondern auch von einer verwandten, aber teilweise separaten Bewegung unter der Führung eines Mannes, der sich Tommy Robinson nennt, aber eigentlich Stephen Yaxley-Lennon heißt. Yaxley-Lennon war Mitglied einer Reihe von explizit faschistischen Organisationen, hat eine lange Vorstrafenliste und konzentriert sich insbesondere darauf, Islamfeindlichkeit zu schüren.

In den Sommern 2024 und 2025 schürte die extreme Rechte bösartige Angriffe auf Migranten, die in Hotels untergebracht waren, und betrieb Propaganda gegen diejenigen, die in kleinen Booten den Ärmelkanal überquerten. Im Jahr 2004 wurde das falsche Gerücht verbreitet, dass der Täter der schrecklichen Morde von Southport wenige Wochen zuvor ein muslimischer Asylbewerber gewesen sei. Es war überraschend, dass bei den Ausschreitungen im Tamworth Hotel, dem wahrscheinlich schlimmsten Vorfall, niemand ums Leben kam.

Im Jahr 2025 stand der Sommer erneut im Mittelpunkt solcher rechtsextremer und faschistischer Mobilisierungen, wobei das Motto „Schützt unsere Frauen und Mädchen“ (damit waren natürlich weiße Frauen und Mädchen gemeint) zu den Themen der Vorjahre hinzukam. Yaxley-Lennon hat in dieser Hinsicht eine Vorliebe – er zeigt nur dann Interesse an Fragen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, wenn die mutmaßlichen Täter Muslime und die Überlebenden weiß sind. Proteste gegen Migrant:innen fanden auch in Teilen Schottlands statt, wo es zuvor keine derartigen Mobilisierungen gegeben hatte und Politiker aller politischen Lager sowie die Gemeinden selbst der Einwanderung eher positiv gegenüberstanden. Reformierte und konservative Gemeinderäte in England und Wales – und in einem Fall sogar eine Labour-Verwaltung – drohten mit

Maßnahmen gegen die Regierung in Westminster und beriefen sich dabei auf Bauvorschriften, um zu fordern, dass keine Migrant:innen in Hotels untergebracht werden sollten. Die Menschen, die in diese Hotels geschickt werden, teilen sich oft Zimmer mit anderen, die sie nicht kennen und mit denen sie nicht immer eine gemeinsame Muttersprache haben. Sie haben fast kein verfügbares Einkommen und keine Wahl, wohin sie geschickt werden. Sie werden als Schmarotzer dargestellt, die in Luxus leben, obwohl ihnen das Recht auf Arbeit verwehrt wird. Die Rhetorik des „Teile und herrsche“ kommt nicht nur von der extremen Rechten, sondern auch von einer beträchtlichen Anzahl von Labour-Politikern.

Ein weiterer Aspekt war die Entwicklung der Operation Raise the Colours, bei der die britische Flagge und manchmal auch die Flagge des jeweiligen Landes – Wales, Schottland oder England – an Laternenmasten befestigt und in einigen Fällen auf Mini-Kreisverkehre gemalt wurden. Diese waren besonders zahlreich in den Gebieten, in denen die Hotelproteste am größten und langanhaltendsten waren. Zumindest in einigen Gebieten kam es an denselben Orten zu einer zunehmenden Zahl rassistischer Übergriffe – in meiner eigenen Gegend wurde beispielsweise eine chinesische Frauenfußballmannschaft Opfer rassistischer Aggressionen durch eine Gruppe von Teenagern.

Der Höhepunkt war bisher die größte rechtsextreme Demonstration in der Geschichte Großbritanniens, zu der Yaxley-Lennon unter dem Motto „Unite the Kingdom“ (Vereinigt das Königreich) aufgerufen hatte und an der über 150.000 Menschen teilnahmen. Elon Musk sprach per Videokonferenz und forderte einen Regierungswechsel. Erschreckend – und eine echte Herausforderung für die radikale Linke.

Die weitere Verschiebung der Labour-Partei nach rechts

Unterdessen bestand die Reaktion der Regierung Starmer darin, sich so migrationsfeindlich wie möglich zu äußern und zu verhalten. Es gibt mehr Beispiele dafür, als hier im Detail behandelt werden können, aber eines der berüchtigtsten war Starmer's Rede im Mai 2025, in der er die Veröffentlichung eines neuen Weißbuchs zur Einwanderung ankündigte und davon sprach, dass Großbritannien „zu einer Insel der Fremden“ werde – ein Ausdruck, der stark an

den erinnert, den der Rassist Enoch Powell 1968 verwendete. Es ist kaum zu glauben, dass weder Starmer noch jemand aus seinem Team, die seitdem alle behaupten, sie hätten die Herkunft dieses Ausdrucks nicht gekannt, davon wussten. Selbst wenn das wahr wäre, rechtfertigt nichts diesen Ausdruck oder irgendetwas anderes in der Rede. Und nun hat Labour angekündigt, in den nächsten Tagen weitere extrem restriktive Maßnahmen einzuführen, die in gewisser Weise vom zutiefst reaktionären dänischen Modell inspiriert sind – und diese als Maßnahmen der Mitte-Links-Partei verkauft, die daher nicht toxisch seien...

Die Labour-Partei verliert nicht nur in der Migrationsfrage an Boden gegenüber der extremen Rechten, sondern auch in wirtschaftlichen Fragen. In der Opposition hatten sich Starmer und andere prominente Labour-Politiker für Frauen eingesetzt, die benachteiligt wurden, als das Alter, ab dem sie ihre staatliche Rente beziehen konnten, ohne angemessene Vorankündigung angehoben wurde, wodurch viele in unerwartete Armut gerieten.

Im Regierungsamt kehrten sie ihnen den Rücken zu – obwohl es Gerüchte gibt, dass sich dies bald ändern könnte. Eine der bössartigen Attacken der Tories war die Einführung der Begrenzung des Kindergeldes auf zwei Kinder im Jahr 2017, was bedeutet, dass Familien mit mehr als zwei Kindern für das dritte und jedes weiteren Kind keine bedarfsabhängigen Leistungen mehr erhielten. Dies treibt nicht nur mehr Familien in die Armut, sondern vertieft und manipuliert auch das spaltende Bild der „unwürdigen Armen“.

Starmer lehnte die Abschaffung der Deckelung in der Opposition ab, aber 2024 erklärte Labour, dass es die Deckelung abschaffen werde, „aber nur, wenn die finanzielle Lage dies zulässt“. Damit signalisierten sie nicht nur, dass dies noch in weiter Ferne liege, sondern warfen auch sieben Labour-Abgeordnete, die einen entsprechenden Änderungsantrag der Opposition unterstützt hatten, aus der Labour-Fraktion im Parlament.

Im Vorfeld des Haushaltsplans für nächste Woche kursieren unter anderem Gerüchte, dass die Obergrenze auf drei Kinder angehoben werden soll – anstatt sie, wie es eigentlich sein sollte, ganz abzuschaffen. Die Labour-Partei greift Menschen mit Behinderung an. Aufgrund der niedrigen Löhne und der schwachen Gewerkschaften haben heute in Großbritannien viele Menschen, die einer Arbeit nachgehen – auch Vollzeitbeschäftigte –, zusätzlich zu ihrem Lohn Anspruch auf

Sozialleistungen. Gleichzeitig haben das Versäumnis der Arbeitgeber, Anpassungen vorzunehmen, um Menschen mit bestimmten Beeinträchtigungen die Arbeit zu ermöglichen, und die Einführung drakonischer Abwesenheitsregelungen dazu geführt, dass immer mehr Menschen aus dem Erwerbsleben gedrängt wurden und auf Sozialleistungen angewiesen sind. Angesichts der spiralförmig steigenden Sozialausgaben versuchte Labour jedoch nicht, Druck auf die Arbeitgeber auszuüben oder die Antidiskriminierungsgesetze zu verschärfen, sondern machte erneut die Randgruppen zum Sündenbock. Ihre ursprünglichen Pläne zur Kürzung der Staatsausgaben wurden durch eine groß angelegte Kampagne von Menschen mit Behinderungen, die von Teilen der Gewerkschaftsbewegung und einigen rebellischen Labour-Abgeordneten (die erneut wegen ihrer Prinzipien aus der Fraktion ausgeschlossen wurden) unterstützt wurde, zurückgedrängt.

In der Zwischenzeit übernahm Labour neun Monate nach Beginn des Völkermords in Gaza die Regierung und setzte im Wesentlichen die Unterstützung der Tories für Israel fort. Britische Waffenverkäufe haben zwar eine gewisse militärische Wirkung, senden aber vor allem eine starke politische Botschaft darüber, auf welcher Seite die Regierung in Westminster steht. In Großbritannien gab es schon immer eine relativ starke Solidaritätsbewegung für Palästina, die jedoch seit dem 7. Oktober 2023 erheblich zugenommen hat. Angesichts der Massenproteste im September 2024 hat die neue Regierung zwar einige wichtige Exportlizenzen ausgesetzt, doch handelte es sich dabei eher um eine Alibimaßnahme als um einen entscheidenden Schritt.

Darüber hinaus ist die Regierung Starmer gegenüber Demonstranten äußerst repressiv vorgegangen. Die Repressionen richteten sich zunächst gegen Umweltaktivisten, wurden aber auch gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung eingesetzt. Zwei Besonderheiten sind dabei erwähnenswert. Die erste war die Verhaftung einer Reihe prominenter Demonstranten – darunter ein Holocaust-Überlebender – bei einem friedlichen Marsch im Zentrum Londons im Januar 2025, nachdem reaktionäre Zionisten sich beschwert hatten, dass der Marsch in der Nähe einer Synagoge stattfinden würde – wobei sie den großen, prominenten jüdischen Block in unserem Marsch ignorierten. Noch schlimmer war die Entscheidung, die Direktaktionsorganisation Palestine Action im Juni zu verbieten, und die anschließende Verhaftung von mehr als 2000 Demonstranten, die schweigend Schilder hochhielten, auf denen sie das Verbot verurteilten.

All dies geschieht vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten, die ursprünglich von den Tories verursacht wurden, aber von der Labour-Partei kaum oder gar nicht bekämpft werden, was den politischen Raum für eine Politik des „Teile und herrsche“ schafft, die von der extremen Rechten propagiert wird, aber oft auch von anderen Mainstream-Parteien aufgegriffen wird.

Entwicklungen auf der Linken

Zwar hat sich das politische Gravitationszentrum in den letzten achtzehn Monaten zweifellos deutlich nach rechts verschoben, doch andere Entwicklungen machen deutlich, dass es Raum und Unterstützung für eine Politik links von der Sozialdemokratie gibt.

Die Grüne Partei von England und Wales gab am 19. Oktober in einer Pressemitteilung bekannt, dass sie nun die drittgrößte Partei im Vereinigten Königreich ist und erstmals die Konservativen überholt hat – nachdem sie zuvor bereits die Liberaldemokraten überholt hatte.

Zack Polanski war im September mit einem explizit linkspopulistischen Programm zum neuen Parteivorsitzenden gewählt worden. Polanski, der seit Mai 2021 Mitglied der Stadtversammlung von London ist, setzte sich gegen eine gemeinsame Kandidatur von zwei der vier im Juli 2024 gewählten Abgeordneten der Partei, Adrian Ramsay und Ellie Chownes, durch, deren Politik weit rechts von ihm angesiedelt ist.

Die Grünen gewannen 2024 nicht nur mehr Abgeordnete als je zuvor, sondern erzielten auch einen höheren Stimmenanteil – und zwar einen höheren, als die vier Sitze vermuten lassen, die sie nach dem zutiefst reaktionären Mehrheitswahlrecht für die Wahlen zum britischen Unterhaus erhielten. Es war offensichtlich, dass die Partei ein strenges System zur Priorisierung des Wahlkampfs in Gebieten hatte, in denen sie sich Erfolgschancen ausrechnete.

Die Mitgliederzahlen waren schon seit einiger Zeit gestiegen, aber erst durch die Wahl von Polanski kam es zu einem regelrechten Sprung, der zu einer Verdopplung der Zahlen führte. Der interne Wahlkampf ermöglichte es Personen, die bis zum Stichtag der Partei beigetreten waren, ihre Stimme abzugeben – und es besteht kein Zweifel daran, dass Aktivist:innen aus der Umwelt- und Palästina-Solidaritätsbewegung, darunter auch diejenigen, die der Labour-Partei

beigetreten waren, um Corbyn zu unterstützen, einen bedeutenden Teil von Polanskis Unterstützerbasis ausmachten. In den letzten Wochen haben einige Meinungsumfragen gezeigt, dass die Grünen vor Labour liegen und nur von der Reformpartei übertroffen werden.

Als Reaktion darauf werden von Teilen der radikalen Linken zwei parallele Fehler begangen. Sektierertum gegenüber den Grünen behauptet, sie seien eine kleinbürgerliche Gruppierung – ohne zu klären, ob dies eine soziologische Beschreibung oder eine Kritik ihrer Politik und Praxis ist – und sollten nicht nur an der Wahlfront, sondern auch als Teilnehmer:innen an wichtigen sozialen Bewegungen und der Organisation am Arbeitsplatz, die als entscheidender Teil unserer Antwort auf den Rechtsruck gefördert werden muss, abgelehnt werden.

Auf der anderen Seite stecken einige andere Aktivist:innen, die von einigen der Eigentore und der mangelnden Dringlichkeit Ihrer Partei auf zentraler Ebene frustriert sind, nicht nur ihre ganze persönliche Energie in die Grünen – eine durchaus verständliche Entscheidung –, sondern lehnen auch diejenigen von uns als sektiererisch ab, die Kritik an ihrer Bilanz in der Regierung üben, darunter auch als größte Fraktion im Stadtrat von Brighton, wo sie Kürzungen durchgesetzt haben.

Neben dem Wachstum der Grünen Partei gab es bei den Parlamentswahlen 2024 auch andere linke Entwicklungen. Jeremy Corbyn, Abgeordneter für den nordlondoner Wahlkreis Islington North, war nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen 2019 als Vorsitzender der Labour-Partei zurückgetreten und wurde durch Keir Starmer ersetzt. Im Jahr 2020 wurde er aus der Labour-Fraktion im Parlament ausgeschlossen, nachdem er angeblich das Ausmaß des Antisemitismus innerhalb der Labour-Partei heruntergespielt hatte. Nach einer erfolglosen Kampagne, um dies rückgängig zu machen, kündigte Corbyn schließlich an, dass er als Unabhängiger bei den inzwischen anberaumten Parlamentswahlen kandidieren werde – und gewann damit nicht nur die Unterstützung einer großen Zahl lokaler Aktivist:innen, darunter langjährige Labour-Parteimitglieder, sondern mobilisierte auch viele Aktivist:innen in ganz Großbritannien und darüber hinaus, die sich für ihn engagierten. Das Ergebnis war, dass Corbyn 49,2 Prozent der Stimmen und eine Mehrheit von 7000 Stimmen erhielt.

Der Erfolg von Corbyns Wahlkampf beruhte zum Teil auf seinen politischen Ideen:

Ablehnung der Sparpolitik und Unterstützung für Migrant:innen und Palästina, aber auch darauf, dass er ein weithin geachteter lokaler Vertreter mit einer persönlichen Unterstützerbasis ist, die über seine Politik hinausgeht. Er war jedoch nicht der einzige, der 2024 als unabhängiger Abgeordneter gewählt wurde.

Drei weitere Kandidaten wurden als unabhängige Abgeordnete gewählt: Adnan Hussain, Iqbal Mohamed und Ayoub Khan. Nur Khan, der zuvor liberaldemokratischer Stadtrat war, verfügte über politische Erfahrung. In einer Situation, in der die Kampagne gegen den Völkermord an den Palästinenser:innen eine große Zahl von Menschen mobilisierte und dies ein zentraler Bestandteil der Positionen aller war, ermöglichte dies ihre Wahl. Es war zwar gut, dass Menschen aufgrund ihrer Unterstützung für Gaza gewählt wurden, aber es ist keineswegs klar, dass ihre politischen Ansichten in vielen anderen Fragen so progressiv sind.

Dies stand auch im Zusammenhang mit anderen Entwicklungen vor der Parlamentswahl und davor, als in verschiedenen Teilen Englands Kandidat:innen gegen Labour-Kandidat:innen auf Parlaments- und Gemeinderatsebene antraten. Einige dieser Kandidat:innen waren zuvor für Labour gewählt worden, wurden nun aber von der Bürokratie blockiert, einige waren auf Gemeinderatsebene erfolgreich und eine Reihe von ihnen führten glaubwürdige Wahlkämpfe, auch wenn sie nicht gewählt wurden.

Eigentore von welcher Partei?

In diesem Zusammenhang wurde Your Party von Zara Sultana einen Tag vor Ablauf des ersten Jahres der Labour-Regierung in Westminster ins Leben gerufen. Am nächsten Tag gab Corbyn seine Beteiligung bekannt – doch seitdem gab es eine Reihe von Medienberichten über Streitigkeiten zwischen den beiden. Es ist schon schwer genug – und außerdem äußerst deprimierend – für Aktivist:innen in England, Schottland und Wales, alle seitdem aufgetretenen Probleme zu verfolgen und zu analysieren, und es macht keinen Sinn, diese einem internationalen Publikum aufzuzwingen.

Dennoch müssen zwei Hauptpunkte erwähnt werden, wenn auch nur, um die wichtigsten Merkmale in groben Zügen zu skizzieren:

- **Das ursprüngliche politische Programm ist vage und weist erhebliche Lücken und Unklarheiten auf.**

Im Vorfeld der Gründungskonferenz wurden vier Dokumente entworfen, von denen das politische Programm mit 263 Wörtern (1700 Zeichen mit Leerzeichen!) bei weitem das kürzeste ist.

Der Text vermittelt kein Gefühl der Dringlichkeit – der Aufstieg der extremen Rechten wird nicht erwähnt, und auch die Umweltkrise findet kaum Beachtung. Es gibt positive Bestrebungen, aber keine konkreten Maßnahmen oder Forderungen, die diese Hoffnungen verwirklichen könnten.

Es ist unklar, inwieweit Cymru/Wales und Schottland über unabhängige Strukturen verfügen werden. Von London aus geführte Zweigstellen werden nicht ausreichen – nicht nur für diejenigen, die in diesen Ländern eine zentrale Rolle in der Unabhängigkeitsbewegung spielen, sondern ganz allgemein für junge Menschen.

Es scheint, als seien keine Lehren aus anderen Beispielen von Parteien links von der Sozialdemokratie weltweit gezogen worden, die aufgrund eines unzureichenden Verständnisses der Notwendigkeit politischer Unabhängigkeit gescheitert sind, sei es in Brasilien, Griechenland oder im spanischen Staat. In all diesen Fällen haben diese Niederlagen jedoch die radikale Rechte gestärkt und Tausende von Aktivisten entmutigt, die das Gefühl hatten, bis an die Bergspitze marschiert zu sein – und dann von ihren vermeintlichen Führern im Stich gelassen worden zu sein.

Dieser Mangel an politischer Klarheit kann letztlich nicht von Fragen der demokratischen Funktionsweise getrennt werden, da letztere die beste Garantie dafür ist, dass Fehler korrigiert werden können. Aus diesem Grund hat ACR sowohl eine alternative politische Erklärung als auch Verfassungsänderungen bei der Gründungskonferenz eingereicht.

- **Es gibt keine Transparenz**

Die erste Ankündigung der Organisation erfolgte im Juli, die Konferenz findet Ende November statt, und in der Zwischenzeit wurden keine Strukturen geschaffen. Die Teilnehmer:innen der Veranstaltung in Liverpool wurden durch ein Lotteriesystem namens Sortition ausgewählt (mit einer nicht näher

bezeichneten Gewichtung, um die am stärksten marginalisierten Personen einzubeziehen). Weniger als zwei Wochen vor der Veranstaltung ist unklar, welche Entscheidungen tatsächlich getroffen werden und welche anschließend zur Volksabstimmung kommen.

Es ist wahr, dass die Einrichtung eines demokratischen Delegiertensystems für eine so große Anzahl von Menschen eine Herausforderung darstellt – es gibt beispielsweise keinen Veranstaltungsort, der uns alle aufnehmen könnte. Daher kann ich mich in dieser Phase mit der Idee von Sortierung anfreunden, aber problematischer ist, dass sie als fester Bestandteil der Struktur angeboten wird. Das suggeriert, dass es sich um eine legitime Option handelt und nicht um eine unvermeidliche Übergangslösung. Ein System ohne Rechenschaftspflicht und ohne Möglichkeit der Abberufung kann nicht Teil einer demokratischen Struktur sein.

Und obwohl in vielen Orten „Proto-Ortsgruppen“ eingerichtet wurden, wurden diese nicht von der Zentrale aus mit Ressourcen ausgestattet. Ohne Zugang zu den Listen derjenigen, die sich zentral angemeldet haben, sind die Mitglieder zwangsläufig diejenigen, die bereits organisiert sind und sich untereinander kennen. An einigen Orten haben sich rivalisierende Gruppen gebildet, die jeweils von einer anderen linken Gruppierung dominiert werden.

Zusätzlich zu den hier skizzierten Hauptproblemen gab es eine ganze Reihe negativer Berichte sowohl in den Mainstream-Medien als auch in den sozialen Medien, in denen prominente Persönlichkeiten, die mit dem Projekt in Verbindung stehen, entweder ihren Rückzug ankündigten oder sich gegenseitig oder die Art und Weise, wie die Dinge öffentlich gehandhabt werden, kritisierten. All dies bedeutet zwangsläufig, dass einige derjenigen, die sich vor Monaten ursprünglich angemeldet hatten, sich wieder zurückgezogen haben. Einige sind den Grünen beigetreten, was nicht so schlimm ist, aber einige haben sich mit ziemlicher Sicherheit aus der Politik zurückgezogen.

Trotz all dieser Schwierigkeiten wäre es völlig unverantwortlich, wenn Revolutionär:innen sich nicht an diesem Prozess beteiligen und alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen.

19. November 2025

Der Artikel erschien auf der Website von [International Viewpoint](#), wurde von uns automatisiert ins Deutsche übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.